

Neue Bußgelder auf Mallorca: Bis zu 3.000 Euro für Touristen!

Mallorca führt neue Strafen für Touristen ein, um das Verhalten zu regulieren und die Lebensqualität der Einheimischen zu sichern.



Mallorca, Spanien - Die spanische Urlaubsinsel Mallorca hat mit einem neuen Strafenkatalog reagiert, um das Verhalten von Touristen zu regulieren. Diese Maßnahmen gelten ab sofort und sehen Bußgelder von bis zu 3.000 Euro vor. Infolge des wachsenden Unmuts der Anwohner über den zunehmenden Massentourismus und die damit verbundenen Probleme hat die Regierung entschieden, strengere Vorschriften anzuwenden. Besonders auffällig sind die Proteste, die auf mehreren Baleareninseln stattfanden, darunter auch auf den Kanaren, wo über 10.000 Menschen für strengere Mietpreisregelungen und einen Baustopp für touristische Großprojekte demonstrierten. Ein Blick auf die brisante Situation zeigt, dass die Spannungen zwischen Einheimischen und Touristen steigen.

Die neuen Vorschriften beinhalten eine Reihe von Regelungen, die das Ziel haben, die Lebensqualität der Einwohner zu sichern und die Umwelt zu schützen. Kleinere Vergehen, wie beispielsweise Nacktsein an öffentlichen Orten oder das Trinken von Alkohol auf der Straße, können mit Bußgeldern von bis zu 750 Euro geahndet werden. Schwere Verstöße, zu denen unter anderem Baden trotz Badeverbot, sogenanntes „Balconing“, illegales Camping und Müllablagerung gehören, ziehen Strafen von bis zu 1.500 Euro nach sich. In der höchsten Kategorie werden diskriminierendes Verhalten und organisierte Massenbesäufnisse mit Geldstrafen bis zu 3.000 Euro bestraft, wie **vol.at** ausführlich beschreibt.

Hintergrund der Maßnahmen

Die politischen Entscheidungen auf Mallorca sind Teil einer breiteren Diskussion über den Umgang mit dem Massentourismus, der nicht nur auf den Balearen, sondern in ganz Europa zu einem drängenden Problem geworden ist. Laut **ZDF** besuchten 2023 über 85 Millionen internationale Touristen Spanien. Im ersten Halbjahr 2024 wurden bereits 42,5 Millionen Touristen gezählt, was einmal mehr die Notwendigkeit zeigt, Maßnahmen zur Regulierung des Tourismus zu ergreifen.

Außerdem haben zahlreiche andere europäische Destinationen ähnliche Herausforderungen zu bewältigen. In Barcelona plant die Stadtverwaltung, ab 2029 alle Ferienwohnungen abzuschaffen, um Wohnraum für Einheimische zu schaffen. In Venedig wird seit April 2024 eine Tagesgebühr von 5 Euro für Besucher erhoben, die bereits Einnahmen von 2,2 Millionen Euro generierte. Auch Griechenland kämpft mit Problemen wie illegalen Strandliegen und fordert garantierten Zugang zu Stränden, während Dubrovnik in Kroatien die Anzahl anlegender Kreuzfahrtschiffe begrenzt hat und Ferienwohnungen in Mehrfamilienhäusern verbietet.

Die Reaktion der Behörden

Die spanischen Behörden betonen, dass es bei den neuen Regelungen um ein geordnetes Miteinander und einen nachhaltigen Tourismus geht. In der Vergangenheit gab es bereits Gewalttaten in Form von Brandanschlägen auf Mietwagen und Graffiti-Aktionen mit der Aufschrift „Kill a Tourist“. Diese gewaltsamen Proteste verdeutlichen den Ernst der Lage und die Frustration der Einheimischen gegenüber dem Massentourismus. Die Polizei hat bereits Ermittlungen eingeleitet und untersucht mögliche Bekennervideos dieser Taten. Die **WDR** berichtet, dass die Bevölkerung auf den Kanaren und anderen Inseln weiterhin für mehr Kontrolle im Tourismus kämpft.

Insgesamt soll der neue Strafenkatalog dazu beitragen, ein Gleichgewicht zwischen dem Tourismus und den Bedürfnissen der einheimischen Bevölkerung herzustellen. Mit der Einführung dieser Regeln hofft man, die Lebensqualität der Bewohner sowie die natürliche Umgebung von Mallorca und anderen betroffenen Regionen besser schützen zu können.

Details	
Vorfall	Proteste
Ursache	Unmut der Bevölkerung, Massentourismus
Ort	Mallorca, Spanien
Quellen	• www.vol.at • www1.wdr.de • www.zdf.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at